

Fakten und Argumente

FRIEDRICH MERZ:

Der heutige Tag ist der **Anfang vom Ende** der Regierung Schröder

Aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Debatte „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe“, verbunden mit der Vertrauensfrage des Kanzlers nach Art. 68 GG:

Zweimal wurden mit der Vertrauensfrage vorgezogene Neuwahlen gezielt herbeigeführt. Nur einmal, nämlich im Februar 1982, wollte der damalige Bundeskanzler Schmidt das Vertrauen in seine Regierung wirklich bestätigt wissen. Schmidt hat die Abstimmung gewonnen, und trotzdem war seine Regierung

wenige Monate später am Ende.

Ganz gleich wie die heutige Abstimmung ausgeht: Der heutige Tag ist der Anfang vom Ende der Regierung Gerhard Schröder.

Seit dem 11. September haben wir in diesem Haus bis auf die PDS in großer Ge-

Fortsetzung Seite 2

ANGELA MERKEL:

Vertrauensfrage ist **Gift** für Rot-Grün

„Durch die heutige Entscheidung ist der Wahlkampf für uns leichter geworden“, sagte die Parteivorsitzende unmittelbar nach der Abstimmung über die Vertrauensfrage am Freitag in der ARD. Denn jetzt werde sich „Gift in den Reihen von Rot-Grün aus-

breiten über die Art der Entscheidungsfindung, über den Umgang miteinander sowie über die Verquickung von Vertrauensfrage und Sachentscheid“. Angela Merkel betonte, das rot-grüne Bündnis werde nur noch bis zum September halten, „kei-

nen Tag länger“. Die Union werde „kräftig am Ende der Koalition mitarbeiten“. Ein Blick auf die Wirtschaftsdaten und den Arbeitsmarkt genüge, um zu zeigen, dass die Koalition ihre weitgesteckten Ziele nicht erreicht habe.



■ Entschließungsantrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte“ (Seite 4) ■ Gemeinsame Erklärung der Vereinigungen der CDU: Für Beibehaltung des von den Vorständen von CDU und CSU beschlossenen Zeitplans (Seite 5) ■ Angela Merkel: Freiheit und Sicherheit gehören zusammen. Fachtagung im Konrad-Adenauer-Haus (Seite 6–7) Matthias Wissmann: Der Wirtschaft muss Rot-Grün die Vertrauensfrage erst gar nicht stellen (Seite 8–9) ■ Friedrich Merz zur Steuerschätzung: Öffentliche Haushalte vor einem Desaster. Angela Merkel zum Jahresgutachten des Sachverständigenrats: Rot-Grün fehlt die politische Kraft zu Strukturformen (Seite 10) ■ BACDJ zum Tariftreuegesetz: Mit der Verfassung nicht vereinbar (Seite 11–12) ■ Landespartei-tag der nordrhein-westfälischen CDU: Frischer Wind (Seite 15) ■ 50 Jahre RCDS (Seite 17)

Fortsetzung von Seite 1
meinsamkeit immer wieder festgestellt, dass es angesichts der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus auch für unser Land darum geht, alles zu tun, um dieser Bedrohung unserer Freiheit entschieden entgegenzutreten.

Wir haben Sie unterstützt

Sie waren es, Herr Bundeskanzler, der seit Ihrer ersten Regierungserklärung am Tag nach den Terrorakten immer und immer wieder die Notwendigkeit der „uneingeschränkten Solidarität“ mit unseren amerikanischen Freunden betont und auch wirksame Maßnahmen für die Sicherheit unseres eigenen Landes gefordert hat.

Wir haben Sie dabei von Anfang an unterstützt. Sie konnten sich bei dieser Ihrer Politik von Anfang an auf uns verlassen. Von unserer ersten Begegnung an im Bundeskanzleramt am Tag der Anschläge selbst wussten Sie, dass die Union jeden parteipolitischen Streit zurückzu-

stellen bereit ist, um die Regierung zu stützen und vor allem um breite parlamentarische Mehrheiten für die von Ihnen zu Recht eingeforderte Solidarität mit Amerika zu ermöglichen.

Spätestens seit Mitte Oktober war klar, dass diese Solidarität sich nicht in Worten und Bekundungen des Mitgeföhls erschöpfen würde. Eigentlich war von Anfang an klar, dass harte Konsequenzen zu ziehen sind gegen die, die für die Terrorakte verantwortlich sind und die, die Terroristen schützen, die ihnen Unterschlupf gewähren, die die Ihnen Geld und Infrastruktur zur Verfügung stellen.

Rot-Grün am Abgrund

Jetzt ist es soweit, zu seinen Worten zu stehen. Und jetzt steht diese Regierung am Abgrund, jetzt, wo Sie handeln müssten, stürzt Ihre Regierung in eine tiefe Krise. Sie stürzen in diese Regierungskrise, weil Sie den Mund zu voll genommen haben, weil Sie die Lage in Ih-



IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:



Jubel-Arien der SPD sind zynisch!

Zur Abstimmung über die Vertrauensfrage und den Einsatz deutscher Soldaten zur Terrorbekämpfung erklärte Generalsekretär, Laurenz Meyer:

Das ist ein zynisches Schauspiel: Die Regierungsfractionen jubeln, dabei haben sie gerade beschlossen, 3900 Soldaten in den Krieg zu schicken. Die Jubel-Arien der SPD sind angesichts dieser Situation völlig unangemessen und einfach nur noch zynisch. Die Soldaten und ihre Familien sind der SPD und ihrem Vorsitzenden offensichtlich völlig gleichgültig.



Gewissensfreiheit missachtet

Dem Bundeskanzler geht es erneut nur um seine eigenen Interessen. Anders ist nicht zu erklären, dass Schröder die Kanzlermehrheit in einer Sachfrage über die Gewissensfreiheit der Abgeordneten stellt. Wer die Parlamentarier so stark unter Druck setzt, hat die Mehrheit in den eigenen Reihen längst verloren. Der

Bundeskanzler hat mit seinem Vorgehen das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland empfindlich beschädigt. Er entsendet 3900 Soldaten auf der Grundlage einer kläglich zusammengesetzten Mehrheit in den wohl gefährlichsten Einsatz seit Bestehen der Bundeswehr, statt sie mit einer vorhandenen breiten Mehrheit auszustatten.

Nach dieser Abstimmung gibt es demnach vier Verlierer: ■ Die internationale Handlungsfähigkeit Deutschlands, ■ die Entscheidungsfreiheit von Abgeordneten im Parlament, ■ die Bundeswehr und ihre Soldaten, die für ihren Einsatz zum Schutz der Demokratie und der deutschen Bevölkerung eine breite Unterstützung verdient hätten und ■ die Bundesregierung selbst, weil sie damit schon im Vorfeld der Entscheidung deutlich gemacht hat, dass sie in für Deutschland wichtigen Fragen keine Mehrheit ohne Repressalien hat. Das Siechtum von Rot-Grün ist offenkundig geworden: der Anfang vom Ende der Regierung Schröder.



er eigenen Partei falsch eingeschätzt haben, weil die ganzen antiamerikanischen Reflexe in Ihrer Partei und bei den Grünen wieder hochkommen, weil Sie die Grundfragen zur Wehrhaftigkeit unserer Demokratie in Ihrer Regierung und in Ihrer eigenen Partei bis heute nicht geklärt haben.

Ich will Ihnen zu Beginn der Aussprache zu Ihrem Antrag gerade deshalb noch einmal ohne Wenn und Aber und in aller Klarheit sagen:

Wir stehen zu der Notwendigkeit, die in dem Beschluss des Bundeskabinetts vom 7. November genannten Teile der Bundeswehr im Kampf gegen den Terrorismus einzusetzen. Wir haben uns diese Entscheidung – wie alle anderen vorangegangenen Entscheidungen zum Einsatz von Bundeswehrsoldaten im Ausland auch – wahrlich nicht leicht gemacht.

Aber wir kommen nach sorgfältiger Abwägung zu dem Ergebnis: Solidarität mit Amerika darf nicht vom sicheren Erfolg abhängig gemacht werden. Es gibt jedoch begründete Aussicht auf Erfolg. Solidarität mit Amerika und das eigene Interesse unseres Landes gebietenden Einsatz der Streitkräfte – auch zu unserer eigenen Sicherheit.

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU/CSU

zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung
- Drucksachen 14/7296, 14/... -

Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA auf Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen und des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag spricht sich für den Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA, so wie es im Antrag der Bundesregierung vom 07.11.2001 (Drucksache 14/7296) formuliert ist, aus. Er begrüßt die von der Bundesregierung zur Klarstellung ihres Antrages abgegebene Protokollerklärung einschließlich der Zusicherung, dass die Bundesregierung spätestens nach einem halben Jahr dem Deutschen Bundestag einen bilanzierenden Gesamtbericht über den Einsatz der bewaffneten deutschen Streitkräfte vorlegen wird.

Dieser Einsatz sowie notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit entsprechen unserem existentiellen Interesse an einer erfolgreichen Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Denn nur so lässt sich unsere Zivilbevölkerung vor weiteren Terrorangriffen, die auch unser Land treffen können, schützen. Gleichzeitig müssen wir die Offenheit und Freiheit unserer Gesellschaft sowie Frieden und Stabilität auch für die nachfolgende Generation verteidigen.

Deutschland ist fest verankert in einer westlichen Wertegemeinschaft, in der die Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte sowie ein Leben in Freiheit und in einer rechtsstaatlichen Ordnung unumstößliche Prinzipien darstellen. Die Bewahrung dieser Werte verlangt Wehrhaftigkeit und Bündnistreue.

2. Der Deutsche Bundestag lehnt jedoch die Verknüpfung der Vertrauensfrage nach Art. 68 GG mit der Abstimmung über den Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA ab: Ein zustimmendes Votum wäre eine Vertrauenserklärung für die gesamte Politik des Bundeskanzlers. Hierzu ist der Deutsche Bundestag angesichts der verfehlten Politik der Bundesregierung insgesamt nicht bereit.

Berlin, den 16. November 2001

Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

Für **Beibehaltung** des von den Vorständen von CDU und CSU beschlossenen Zeitplans

■ **Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA), Hermann-Josef Arentz MdL ■ Evangelischer Arbeitskreis (EAK), Jochen Borchert MdB ■ Frauen Union (FU), Maria Böhmer MdB ■ Junge Union Deutschlands (JU), Hildegard Müller ■ Kommunalpolitische Vereinigung (KPV), Peter Götz MdB ■ Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU (MIT), Peter Rauen MdB ■ Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (OMV), Helmut Sauer MdB ■ Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Lars Kasischke ■ Senioren Union (SU), Bernhard Worms**

Unionsparteien wie keine andere politische Kraft in kurzer Zeit ihre inhaltlichen Positionen fortentwickelt und modernisiert. Diese inhaltliche Erneuerung wird von der CDU auf dem Dresdner Parteitag zum Abschluss gebracht. Erst der inhaltlichen Diskussion dürfen die notwendigen Personalentscheidungen folgen.

Die notwendigen Vorschläge zum geeigneten Zeitpunkt

Die Vorsitzenden der Vereinigungen sprechen sich daher für die Beibehaltung des von den Vorständen von CDU und CSU beschlossenen Zeitplans aus. Dies bedeutet, dass die Vorsitzenden der beiden Parteien den zuständigen Vorständen Anfang des Jahres einen Vorschlag sowohl zur Kandidatur als auch zum Verfahren unterbreiten. Beides ist hinreichend diskutiert, soll eingehalten werden und ist zweckmäßig.

Die Vorsitzenden der beiden Unionsparteien haben

das volle Vertrauen der Vereinigungen, zum geeigneten Zeitpunkt die notwendigen Vorschläge zu unterbreiten. Vor diesem Hintergrund fordern wir alle Beteiligten auf, parteischädigende Diskussionen zu diesem Thema endlich zu beenden.

Gemeinsames Ziel der Union ist es, die rot-grüne Bundesregierung abzulösen. In unverantwortlicher Art und Weise verspielt die Regierung die Zukunft der Menschen in unserem Land. Als Beispiele hierfür führten die Vorsitzenden der Vereinigungen die steigende Arbeitslosenzahl von bis zu 4,2 Mio. Anfang des nächsten Jahres, die zu erwartenden Einbrüche bei der Steuerschätzung und die Explosion der Kosten im Gesundheitswesen an.

Die erst im Mai beschlossene Rentenreform bröckelt bereits im Herbst dieses Jahres und erweist sich als Makulatur. Die Regierung bricht ihre Wahlversprechen, versagt in ihrem Handeln und hat im Gegensatz zu den Unionsparteien keine Konzepte zur nachhaltigen Lösung vorzuweisen. **UD**

Wortlaut der Erklärung:

Die Fortführung der Diskussion um die Kanzlerkandidatur der Unionsparteien ist unverantwortlich und gefährdet die realistischen Chancen auf den Wahlsieg 2002.

Seit der verlorenen Bundestagswahl 1998 haben die

Freiheit und **Sicherheit** gehören zusammen

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik, Friedbert Pflüger, hat die Terroranschläge auf New York und Washington als einen „Warn- und Weckruf“ bezeichnet. Erst nach dem 11. September sei allen wieder bewusst geworden, dass Sicherheit und Freiheit zusammengehören.

Die CDU diskutierte am 12. November auf der Fachtagung „USA – Deutschland: Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ nicht nur über die Zukunft des deutsch-amerikanischen Verhältnisses, sondern über die künftige Rolle Deutschlands in einer verän-

derten Weltordnung sowie über die Aufhebung der Trennung von äußerer und innerer Sicherheit.

Dabei machte die Parteivorsitzende deutlich, dass sich die Bundesrepublik nicht nur aus „Dankbarkeit“ gegenüber den USA an der Anti-Terror-Allianz beteilige, sondern aus „berechtigtem Eigeninteresse“.

Weiter betonte die Parteivorsitzende, dass es jetzt eine zentrale Aufgabe politischen Handelns sei, die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Denn der Gegner werde nicht aufgeben. Deshalb müssten auch

militärische Aktionen in das Kalkül mit einbezogen werden.

Zwei Seiten derselben Medaille

In diesem Zusammenhang spielen nicht nur die transatlantische Partnerschaft, sondern auch das geeinte Europa eine entscheidende Rolle. Angela Merkel: „Für die CDU immer zwei Seiten ein und der selben Medaille.“

Allerdings stagniere unter Schröder die notwendige Vertiefung der Europäischen Union. Auch sei eine Tendenz hin zu mehr bilateralen Be-



Angela Merkel: Die Menschen, die in Deutschland zusammen leben, brauchen die Gewissheit, dass wir auf dem gleichen Wertefundament stehen.

CDU-Finzen auf dem Weg der **Sanierung**

Die zu Beginn des Jahres 2000 bestehende Überschuldung der Bundespartei in Höhe von 35 Millionen Mark (17,9 Millionen Euro) ist beseitigt.

Laurenz Meyer: „Ende des Jahres 2001 werden wir die Überschuldung in vollem Umfang abgebaut haben.“ Grund sei auch, dass die Vorgaben im Sanierungsprogramm 2000 und 2001 getroffen worden seien.

Nach Auskunft des Generalsekretärs wird die Par-

tei Ende dieses Jahres noch nicht völlig schuldenfrei sein. Den dann noch bestehenden langfristigen Schulden würden aber Sachwerte, wie zum Beispiel die neue Parteizentrale in Berlin, gegenüber stehen. Im kommenden Jahr werde die Partei wegen des Bundestagswahlkampfes aber neue Schulden machen müssen.

Meyer: „Es wird deshalb beim Sparkurs und auch bei dem zunächst auf fünf Jahre befristeten Sonderbeitrag

der Kreisverbände bleiben, die zusätzlich eine Mark pro Mitglied und Monat an die Bundesgeschäftsstelle abführen.“

Ziel bleibe, dass die CDU im Jahr 2006 wieder einen Wahlkampf führen könne, ohne neue Verbindlichkeiten aufzunehmen.

Die bisher erfolgreiche Sanierung führte Meyer auf ein Budget-Controlling und die Umstellung auf das kaufmännische Rechnungswesen zurück.

ziehungen festzustellen. Insbesondere gebe es einen Wettlauf, wer der beste Partner der USA in der Europäischen Union sei. Konkret forderte Angela Merkel den Bundeskanzler auf, das deutsch-französische Verhältnis wieder als Motor für die Gestaltung, beispielsweise einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), zu nutzen. Denn nach dem 11. September könne sich Europa nicht mehr nur mit seiner eigenen politischen Agenda beschäftigen.

Es sei zudem strategisch falsch gewesen, dass die Bundesregierung bei der Haushaltskonsolidierung vorwiegend bei der äußeren und in-

neren Sicherheit sowie bei der Entwicklungshilfe ange- setzt habe.

Aufruf zum „Dialog der Religionen“

Die Parteivorsitzende wies darauf hin, dass sich in der aktuellen Krisensituation die Staatengemeinschaft neu ordne. „Bei aller Euphorie über die neuen Allianzen dürfen wir jedoch den Blick auf unsere Werteordnung nicht verlieren“, unterstrich Merkel. Zugleich forderte sie die Bundesregierung auf, das Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt neu zu gestalten. Dazu

gehöre vor allem auch ein stärkeres Engagement bei der Entwicklungshilfe.

Abschließend rief die Parteivorsitzende zu einem „Dialog der Religionen“ auf. Sie appellierte an die Muslime in der Bundesrepublik, sich deutlicher als bisher vom Terror zu distanzieren: „Die Menschen, die in Deutschland zusammen leben, brauchen Gewissheit, dass wir auf dem gleichen Wertefundament stehen“, sagte Angela Merkel. Voraussetzung für einen erfolgreichen Dialog sei es jedoch, dass auch die Deutschen über die Grundlagen ihrer Kultur und Wertegemeinschaft Bescheid wüssten.

MATTHIAS WISSMANN:

Der Wirtschaft muss Rot-Grün die **Vertrauensfrage** gar nicht erst stellen

Zum Jahresgutachten 2001/2002 des Sachverständigenrates erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Mit einem erwarteten Wirtschaftswachstum von 0,6 % für dieses Jahr und 0,7 % für 2002 ist die negative Antwort auf die Vertrauensfrage in die Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik der Regierung Schröder bereits gegeben.

Der Blick auf die erlahmte konjunkturelle Entwicklung



in den USA und Japan kann jedoch für die rot-grüne Bundesregierung keine Entschuldigung für Untätigkeit sein. Vielmehr müsste sie gerade jetzt für das vom Export

abhängige Deutschland ein wirtschaftspolitisches Signal an Investoren und Verbraucher setzen.

Der von den Sachverständigen zurecht kritisierte völlig überregulierte Arbeitsmarkt, das starre Tariffrecht und der Bürokratiedschungel sind eine massive Behinderung bei der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.

Erst bei einem Wirtschaftswachstum von deutlich über 2 % gibt es in Deutschland Beschäfti-

HANSJÜRGEN DOSS:

Mit ruhiger Hand in die **Rezession**

Zu den Gutachten der Wirtschaftsweisen und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Schon nach dreijähriger Regierungszeit ist Gerhard Schröder dort angelangt, wo Helmut Schmidt Ende der siebziger Jahre nach rd. zehn Jahren SPD-geführter Bundesregierung stand.

Das BIP im dritten Quartal, so das DIW, war um 0,1 Prozent geringer als im Vorquartal.

Das nannten die Sozialdemokraten einst »Minuswachstum«, um die Rezession zu verschleiern.

Die Wirtschaftsweisen erwarten für 2001 insgesamt nur noch ein Plus von 0,6 und für 2002 von 0,7 Prozent. Wenn die Hand des Kanzlers weiterhin in Ruhe erstarrt bleibt, gleitet

Deutschland im Wahljahr von der Rezession in die Depression.

Bereits jetzt ist Deutschland beim Wirtschaftswachstum das Schlusslicht der Europäischen Union. Die Arbeitslosenzahlen bewegen sich rasch auf die Vier-Millionen-Grenze zu. Die rot-grüne Untätigkeit zur Stärkung des Binnenmarktes wird durch die negative Entwicklung der Exporte zusätzlich belastet.

gungseffekte auf dem Arbeitsmarkt. Die Regierung Schröder hat bisher keinen erkennbaren Schritt zur Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes getan – im Gegenteil. Der »Beschäftigungsmotor« Mittelstand wird durch die gegenwärtige Steuerpolitik massiv benachteiligt, das geltende Tarifrecht hat mit der Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz eine weitere Verfestigung der Strukturen erfahren, und auch die Überprüfung fragwürdiger Subventionen findet nicht statt.

Die Verlierer sind die Arbeitslosen

Rot-Grün betreibt eine Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik wider alle fachliche Vernunft und zum Schaden für die deutsche Wirtschaft. Die großen Verlierer dieser Politik sind die Arbeitslosen, deren Zahl um die Jahreswende die 4-Millionengrenze übersteigen wird.

Die Union fordert daher u. a. das Vorziehen der nächsten Stufe der Steuerreform auf das Jahr 2002, um Investitionen zu erleichtern und die Konsumnachfrage zu stimulieren.

Ferner ist die Flexibilisierung des Tarifrechts dringend geboten, wobei etwa das Günstigkeitsprinzip einer kritischen Überprüfung bedarf.

Traurig: Deutschland Schlusslicht

Mit einem Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent in diesem und 1,3 Prozent im nächsten Jahr bleibt Deutschland Schlusslicht in der Eurozone und in der gesamten Europäischen Union. Das geht aus der Wachstumsprognose von acht führenden europäischen Wirtschaftsforschungsinstituten (Euroframe) hervor, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin vorgestellt hat. Danach wächst die Wirtschaft in der Eurozone durch-

schnittlich um 1,6 Prozent in den Jahren 2001 und 2002, in der gesamten Europäischen Union voraussichtlich um 1,7 bzw. um 1,8 Prozent. Die Forscher stellen in ihrer Prognose fest, dass sich die Weltkonjunktur bereits im letzten Quartal des Jahres 2000 „erheblich verlangsamt“ hatte. Verschärft worden sei die Situation durch die Anschläge vom 11. September und die anschließenden Maßnahmen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

stigeitsprinzip einer kritischen Überprüfung bedarf.

Die Deregulierung des Arbeitsmarktes ist zur Bekämpfung der strukturellen Probleme insbesondere in den neuen Bundesländern gefordert. Die Bewirtschaftung des sogenannten zweiten Arbeitsmarktes zu Lasten des ersten ist insbesondere für die Bauwirtschaft eine massive Existenzbedrohung.

Insgesamt lässt die Regierung Schröder nicht erkennen, wie sie auch nur versuchsweise ihr Ziel der 3,5 Millionen Arbeitslosen er-

reichen will. Der für 2002 vorgelegte Bundeshaushalt ist aufgrund des Jahresgutachtens zur Makulatur geworden. Kostensteigerungen im Gesundheitswesen und höhere Rentenbeiträge sind die Folge einer sich durch mangelnden Reformwillen auszeichnenden rot-grünen Bundesregierung.

Es wäre ein Zeichen der Ermutigung, wenn die rot-grüne Bundesregierung von ihrem falschen Weg umkehren und endlich eine klare und schlüssige Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik betreiben würde.

FRIEDRICH MERZ:

Wir stehen vor einem **Desaster** der öffentlichen Haushalte

„Am Ende der vierjährigen Amtszeit von Rot-Grün wird allein der Bund 100 Milliarden Mark mehr Schulden haben als 1998 – trotz der UMTS-Lizenz-Erlöse von 100 Milliarden Mark“, sagte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, am 9. November im ARD-Morgenmagazin.

Dies zeige, dass Finanzminister Eichel „nie wirklich gespart habe“, sondern auf Steuererhöhungen setze. Als Beispiele nannte Merz neben der Ökosteuer die Erhöhung der Tabak- und Versicherungssteuer.

Das „Desaster der öffentlichen Haushalte“ sei „hausgemacht“ und habe nichts mit dem 11. September zu tun, betonte Merz. So sei der Arbeitsmarkt seit Monaten nicht in Ordnung und bei den Steuerausfällen handle es sich um die Konsequenz des zusammenbrechenden Wirtschaftswachstums. Insgesamt müsse die Bundesregierung eingestehen, „dass sie mit ihrer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik am Ende ist“. Deshalb seien

grundlegende Korrekturen notwendig.

Der Fraktionsvorsitzende wies weiter darauf hin, dass sich auch die ständige „Überforderungskrise der sozialen Sicherungssysteme“ negativ auf den Bundeshaushalt auswirke. Wenn es nicht gelinge, die Kosten der hohen Arbeitslosigkeit zu reduzieren, „werden wir die Probleme nicht lösen“. Deutschland gebe jährlich 200 Milliarden Mark für die Arbeitslosigkeit aus und unterhalte damit im internationalen Vergleich das „ineffizienteste System“.

Die vom Arbeitskreis Steuerschätzung ermittelten „Steuerausfälle treffen die Gemeinden besonders hart“, unterstrich Merz. Denn die ihnen zustehenden Gewerbesteuererinnahmen würden „dramatisch wegbrechen“. So seien die Kommunen bis auf wenige Ausnahmen nicht mehr in der Lage, ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen oder gar Investitionen vorzunehmen. Nach den heute bekannt gegebenen Zahlen werden die Einnahmen des Bundes im laufenden Jahr um 4,1 Mrd. Mark geringer ausfallen als noch im Mai angekündigt.

ANGELA MERKEL:

Rot-Grün fehlt die politische Kraft zu **Strukturenreformen**

„Die ‚Fünf Weisen‘ haben es auf den Punkt gebracht: Die rot-grüne Regierung hat die Chance zu entscheidenden Strukturreformen verpasst“, sagte Angela Merkel nach der Veröffentlichung des Jahresgutachtens des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Aus dem Gutachten gehe klar hervor, dass Rot-Grün die „politische Kraft dazu fehlt“. Das für 2002 ausgewiesene Wirtschaftswachstum liege mit nur noch 0,7 Prozent deutlich unter der Prognose der Bundesregierung. Insbesondere für die neuen Bundesländer sei dies ein ausgesprochen schlechtes Signal.

Weder mit deutschem Verfassungsrecht noch mit **EU-Recht** vereinbar

Zu den Plänen der Bundesregierung, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Bau- und Verkehrsbereich künftig von einer Tariftreueerklärung der Auftragnehmer abhängig zu machen, erklärten der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), Minister a. D. Herbert Helmrich MdL, sowie der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Tariftreue im BACDJ, Rechtsanwalt Dr. Detlef Gottschalck:

Nach Überzeugung des BACDJ ist der vom Bundesrat initiierte Entwurf eines Gesetzes zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen weder mit deutschem Verfassungsrecht noch mit den einschlägigen europäischen Rechtsnormen vereinbar. Angesichts der bundesweit geltenden Verordnung über Mindestlohnvorgaben im Baugewerbe ist das geplante Tariftreuegesetz darüber hinaus auch sozialpolitisch nicht erforderlich. Der Bundestag ist aufgefordert, den Gesetzentwurf im Zuge seiner anstehenden Beratungen abzulehnen.

■ Auf Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen beschloss der Bundesrat im Juni 2001 den „Entwurf eines Gesetzes zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen“ (BT-Ds. 14/6752 vom 26. Juli 2001), nach dem alle öffentlichen Auftraggeber im Sinne von § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) künftig verpflichtet werden sollen, Bauaufträge und Verkehrsleistungen im ÖPNV nur noch an solche Unternehmen zu vergeben, die sich bei Angebotsabgabe verpflichten, ihre bei der Auftragsausführung eingesetzten Arbeitnehmer nach den am Ort der Leistung geltenden Tarifverträgen zu entlohnen.

Wählerfang bei den Gewerkschaften

Subunternehmer müssen entsprechend verpflichtet werden. Ein Verstoß gegen diese Tariftreueerklärung soll mit einer Auftragsperre von bis zu drei Jahren geahndet werden können.

Begründet wird das Gesetzesvorhaben mit der Notwendigkeit einer Bekämpfung von „arbeits- und sozialpolitisch unerwünschten Fehlentwicklungen“, insbesondere in der Bauindustrie. Mehrkosten der öffentlichen Hand, die mit der zu erwartenden Verteuerung der zu vergebenden Leistungen verbunden wären, sollen aus arbeitsmarktpolitischen Gründen in Kauf genommen werden. Die Bundesregierung hat im Gesetzgebungsverfahren zunächst nur vorsichtig „Verständnis“ für die Initiative der Länder geäußert. Zwischenzeitlich hat der federführende Bundeswirtschaftsminister seine anfänglichen Bedenken gegen den Tarifszwang offenbar über Bord geworfen. Der Bundeskanzler geht mit dem Vorhaben auf Wählerfang bei den Gewerkschaften.

■ Mit dem geplanten Gesetz würden Unternehmen, die – aus welchen Gründen auch immer – tarifvertraglichen Regelungen bislang nicht unterworfen sind, im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe zum Quasi-

Zusätzliche Aufgaben nur mit besserer Ausstattung

Mitglied einer Tarifvertragspartei. Durch einen solchen Zwang würde das von Art. 9 Abs. 3 GG den betreffenden Unternehmen gewährte Grundrecht der negativen Koalitionsfreiheit verletzt. Eine entsprechende Auffassung hat auch der Bundesgerichtshof im Januar 2000 in Bezug auf ein Tarifreuegesetz des Landes Berlin vertreten, welches zurzeit beim Bundesverfassungsgericht überprüft wird. Neben einem Verstoß gegen das Recht des einzelnen Unternehmens, einer Koalition fern zu bleiben, stellt der Inhalt des Gesetzesvorhabens der Länder auch eine Verletzung der vom Grundgesetz gewährleisteten Wettbewerbsfreiheit und Wettbewerbsgleichheit dar, die im übrigen auch oberste Grundsätze des Verfahrens der öffentlichen Auftragsvergabe sind (§ 97 Abs. 1 und Abs. 2 GWB). Die wettbewerbliche Position eines potentiellen Auftragnehmers, dessen tarifvertragliche Ungebundenheit sein gutes Recht ist, würde durch den gesetzlich vorgesehenen Druck der Nicht-Erteilung eines öffentlichen Auftrages schwerwiegend beeinträchtigt.

Die geplante Regelung dürfte auch kaum mit der europäischen Dienstleistungsfreiheit und den Vorgaben


Angela Merkel ist in Berlin mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg, zusammengetroffen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Situation der Polizei angesichts der neuen Herausforderungen nach den Anschlägen vom 11. September und konkrete Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung in Deutsch-

land. In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, dass die zusätzlichen Aufgaben der Sicherheitsbehörden durch eine bessere personelle und materielle Ausstattung flankiert werden müssen. Außerdem ging es bei dem Gespräch um den von Rot-Grün vorgelegten Entwurf für ein Versorgungsänderungsgesetz.

der EG-Vergaberichtlinien vereinbar sein. Zum Schutz des deutschen Tarifvertragssystems würden ausländische Bieter, die das deutsche Tarifrecht regelmäßig aus wirtschaftlichen Gründen nicht beachten können, aufgrund ihrer Nationalität unzulässig diskriminiert und letztlich vom deutschen Markt ausgeschlossen.

Die vom Bundesrat angeführten Gründe für ein Tarifreuegesetz rechtfertigen die bei Bund, Ländern und Gemeinden zu erwartenden Mehrkosten nicht. Dies umso weniger, als aufgrund der zwar verfassungsrechtlich umstrittenen, vom Bun-

desverfassungsgericht aber (zunächst) bestätigten „2. Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen“ vom 17. August 2000, die auf das geänderte Arbeitnehmer-Entsendegesetz zurückgeht, ohnehin alle Bauunternehmen zur Zahlung des tariflichen Mindestlohns verpflichtet sind. Im ÖPNV-Bereich liefe ein nationales Tarifreuegebot allen Liberalisierungstendenzen auf europäischer Ebene diametral entgegen.

Schließlich gebietet es der Respekt des Gesetzgebers vor dem Bundesverfassungsgericht, dessen Urteil über das Berliner Tarifreuegesetz abzuwarten. 

VERTRAUEN in die wirtschaftspolitische Kompetenz der SPD haben nach einer Allensbach-Umfrage **nur 23 Prozent** der Deutschen. Die große Mehrheit glaubt nicht, dass die Partei des Bundeskanzlers die gegenwärtige Konjunkturkrise meistern kann.

GEGEN DIE ABSICHT

der Koalition, zur Finanzierung von Konjunkturprogrammen die Vermögenssteuer wieder einzuführen, haben sich deutsche Wirtschaftsforscher ausgesprochen. Gustav Adolf Horn, Konjunkturchef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung: „Das wäre so sinnvoll wie gleichzeitig Gas geben und bremsen.“

MEHR ANZEIGEN wegen Geldwäsche werden bundesweit bei der Polizei seit den Terroranschlägen in den USA registriert: allein 300 in Nordrhein-Westfalen. In Baden-Württemberg verdoppelte sich die gewohnte Zahl. Insgesamt wird in diesem Jahr mit 10.000 Anzeigen gerechnet, die sich durch erhöhte Aufmerksamkeit der Banken erklären.

DIE ARBEITSKOSTEN

in Westdeutschland sind im internationalen Vergleich die höchsten. Das geht aus einer

Übersicht hervor, die das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln veröffentlicht hat. 27,84 Mark Stundenlohn summieren sich mit 22,64 Mark Personalzusatzkosten zu Arbeitskosten in Höhe von 50,48 Mark. Es folgen Japan mit 48,29 Mark, Dänemark (45,92), USA (42,66), Großbritannien (36,77), Frankreich (35,72) und Ostdeutschland mit 32,14 Mark.

DEUTLICH für den Religionsunterricht an Schulen hat sich die Mehrheit der Deutschen ausgesprochen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage, die die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) in Auftrag gegeben hat. Rund 85 Prozent der 2.500 befragten Bürger wollen, dass in der Schule auch Themen behandelt werden, die sich mit den Grundwerten und dem Sinn des Lebens beschäftigen.

BEI DER ERNENNUNG

neuer Bischöfe in den Bistümern Bayerns sollen nach dem Willen des Landeskomitees der Katholiken die Gläubigen ein Mitspracherecht erhalten. Das hat die Vollversammlung im schwäbischen Nördlingen gefordert. Der Papst soll auch bei diesem Vorschlag, der Kandidatenvorschläge der Laien zulässt, das letzte Wort behalten.

Gemeinsames Interesse

Der Vorwurf von Bahnchef Mehndorn, Bahnmissionsmissionen seien Magnete für Drogensüchtige und Obdachlose, greift zu kurz. Bahnhöfe waren immer Anziehungspunkte auch für Menschen auf der Schattenseite des Lebens. Diese Tatsache ist nicht an die Ausgabe von Essen gebunden. Für das gemeinsame Interesse von Bahn und Bahnmissionsmission gibt es durchaus Konzepte, wie Bahnhöfe zukünftigsträftig für alle Beteiligten gestaltet werden kann. Sie müssen nur gemeinsam erarbeitet werden.

Jochen Borchert, EAK-Bundesvorsitzender

AN DIE REGELN des Fastenmonats Ramadan halten sich mehr als 60 Prozent der 3,27 Muslime in Deutschland. Zu diesem Ergebnis kommt der Direktor des Zentralinstituts Islam-Archiv-Deutschland, Mohammed Salim Abdullah. Obwohl es inzwischen auch zahlreiche Muslime mit ihrer Religion nicht mehr so ernst meinen, besinnen sich viele von ihnen zwischen dem 15. November und 15. Dezember auf das Beten und die Gemeinschaft der Gläubigen. **UID**

Angela Merkel erreicht mit klaren Aussagen die **Herzen** der Delegierten

Auf Englisch zitiert Angela Merkel den israelischen Außenminister: „Es gibt keine Führung ohne Risiko.“ Den Delegierten gefällt der Satz, mit dem sie die Anmerkung verbindet „Sie verstehen ja alles außer Hochdeutsch“ und freimütig zu erkennen gibt: Nur wer wagt, gewinnt.

„Merkels wichtigster Tag des Jahres“ protokolliert „Bild am Sonntag“ und bezeugt: ■ „Stimmung gewittert“ ■ „die Delegierten hören gebannt zu“ ■ „gewinnt den Saal“.

Von Adenauer habe sie gelernt: „Erst das Land, dann die Partei und dann die persönlichen Interessen.“ Ihre zentrale Botschaft: „Wichtig ist Geschlossenheit.“ Selbstverständlich, dass sie damit den Terminplan für die Nominierung des Kanzlerkandidaten meint und die Einhaltung dessen, was zwischen CDU und CSU vereinbart worden ist.

Bernd Schmidbauer, bei Kohl Staatsminister im Bundeskanzleramt: „Das macht sie klasse. Sie bindet alle ein.“

Lang anhaltender Beifall zum Schluss der Rede, in der



Erwin Teufel, Angela Merkel und Generalsekretär Volker Kauder auf dem Landesparteitag im Europapark im südbadischen Rust. – Erwin Teufel ist mit überwältigenden 93,8 Prozent als Landesvorsitzender wiedergewählt worden. Er antwortet seit zehn Jahren und hat sowohl die CDU wie Baden-Württemberg auf den „Erfolgskurs Süd“ geführt. – Großer Beifall für die kämpferische Rede der Parteivorsitzenden. – Ergebnisse der Wahlen auf dem Parteitag: UID 37/2001

sie sich mit Schröder auseinandersetzt: ■ mit dem Kampf gegen den Terror und dem Bundeswehr-Einsatz, den es so nicht gäbe, „wenn wir nicht helfen würden“, ■ mit der Zuwanderungspolitik und unserer „sehr hart, sehr klar“ an Schily gerichteten Forderung, sie zu steuern und zu begrenzen.

Das Land habe Besseres verdient als Rot-Grün, sagt die Parteivorsitzende und beschwört die Parteimitglieder: „Wenn wir wieder regieren wollen, dann müssen wir uns erstmal selbst imponieren

und danach den Wählerinnen und Wählern auch sagen, was wir alles können.“

Bernhard Vogel bestätigt die Parteivorsitzende

Auf dem Landesparteitag der CDU Thüringen hat Ministerpräsident Bernhard Vogel die „deutliche Entwicklung“ nach Hagen zugunsten der Parteivorsitzenden hervorgehoben und zur K-Frage bekräftigt: „Ich stehe voll und ganz zu dem bekannten Zeitplan.“ **UID**

21. LANDESPARTEITAG AM 3. NOVEMBER IN HAGEN

„Frischer Wind“ – der Blick ist wieder in Richtung **Zukunft** gerichtet

„Frischen Wind“ hat nach Meinung des Landtagsabgeordneten Günter Langen und des Gemeindeverbandsvorsitzenden Bodo Kirtz Landesvorsitzender Jürgen Rüttgers mit seiner Rede in die Landespartei gebracht. Kirtz: „Der Blick ist wieder in Richtung Zukunft gerichtet – das war in der Vergangenheit nicht immer so.“

Ähnlich Paul Frech, Kreisgeschäftsführer der CDU Ennepe-Ruhr-Kreis, und der stellvertretende Landrat Rainer Kaschel: „Kämpferisch und genau zum richtigen Zeitpunkt. Eine detaillierte Abrechnung mit der Regierung Clement.“

■
Auf dem Schulsektor muss sich was tun

Insbesondere Rüttgers Ausführungen zur Wirtschafts- und Bildungspolitik des Landes – so Jürgen Steinrücke, Bürgermeister von Schwelm – waren die herausragenden Elemente der Rede: „Beide sind für uns als Kommunalpolitiker von immenser Bedeutung. Dass sich ge-

rade auf dem Schulsektor unbedingt etwas tun muss, liegt für alle auf der Hand.“

Paul Breuer, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Wir brauchen das beste Schul- und Bildungssystem in Europa. Davon sind wir aber in Nordrhein-Westfalen noch meilenweit entfernt – wegen der Misere an unseren Schulen.“

Einen „Mann der politischen Inhalte“ nennt Eckhard Uhlenberg, stellvertretenden Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, den Landesvorsitzenden und hebt aus dessen Rede „im übrigen“ hervor: „Die NRW-CDU macht als einzige Partei im Düsseldorfer Landtag echte Agrarpolitik für die 50.000 Höfe in diesem Land.“

„Für eine solidarische Gesellschaft“ – so lautet der Titel des Programms, das der Parteitag mit großer Mehrheit beschließt. „Gemeinsam mit den Bürgern die Zukunft gestalten“ – das heißt: „Ausgestaltung einer freiheitlichen und zugleich solidarischen Gesellschaft“.

Im Gegensatz zur Politik der Sozialdemokraten, denen die „Koordinaten“ fehlen, fängt die CDU wieder an, „auf der Basis ihrer christlichen und demokratischen Grundwerte über ihre großen Ziele zu reden“.

Angela Merkel bestätigt: „Dieser Landesverband hat nach der verlorenen Wahl 1998 als erster die programmatische Erneuerung angepackt und vorangebracht.“

DIE GLOBALISIERUNG öffnet die Chance auf eine gerechte Teilhabe aller Menschen an den Ressourcen unserer Welt und an den Früchten des Fortschritts. Allerdings sind dazu politische Rahmenbedingungen erforderlich, die einer Verschärfung des Gegensatzes zwischen Reich und Arm, Nord und Süd in der Welt entgegenwirken. Als umspannender Prozess entzieht sie sich aber in vielen Hinsichten der nationalen politischen Gestaltung. Sie zwingt Gesellschaften und Nationen zu weitreichenden Veränderungen.

(aus dem Beschluss des Landesparteitags)

Die Dinge, die bereits auf dem Weg sind, weiterentwickeln

Befragt nach den Erwartungen, die Frauen an die neue Bundesvorsitzende haben, wird der selbstbewusste Anspruch spürbar, den die Frauen in der CDU in den Jahren seit 1985 entwickelt haben und den Maria Böhmer in ihrer Rede zugespitzte: „Dem Aufbruch der Frauen muss ein Aufbruch der Männer folgen!“

Stellvertretend für viele spricht es ■ **Marianne Rohde aus Baden-Württemberg** deutlich aus: „Ich erwarte, dass sie mit Beharrlichkeit weitere Türen aufstößt, neue Themenfelder besetzt und die Dinge, die bereits auf dem Weg sind, auf ihre Art weiterentwickelt.“

Langer Atem

■ **Birgit Gaschina-Hergarten aus Nordrhein-Westfalen** wünscht ihr dazu „einen langen Atem“, ■ **Susanne Kraus**, ebenfalls Delegierte aus dem gleichen Bundesland, nennt es noch bildkräftiger: „die wichtigen Themenfelder für Frauen beackern“.



Ganz deutlich ist das Anliegen der Frauen, „sich nicht allein auf Frauenfragen reduzieren zu lassen, sondern Frauenpolitik als Querschnittaufgabe wahrzunehmen“ wie ■ **Birgit Collin-Langen, Oberbürgermeisterin von Bingen** fordert. Als einen wichtigen Beitrag werden das „Mut machen und in den Gremien Fuß fassen“ von ■ **Roselore Nordlohe, Niedersachsen** und ■ **Almut Wisler, Hessen** sowie eine stärkere Einbindung der neuen Bundesländer von Delegierten aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen gewünscht.

Die von der neuen Bundesvorsitzenden angesprochene Partnerschaftlichkeit wird offensichtlich von den Frauen geteilt, wenn die Ziele der CDU in einem partnerschaftlichen Miteinander von

Frauen und Männern gemeinsam erreicht werden sollen – so ■ **Astrid Vockert aus Niedersachsen**.

Immer wieder taucht der Wunsch nach einer Ansprache jüngerer Frauen auf, die mit dem Problem der Vereinbarkeit Frau und Beruf und darüber hinaus der Politik zu kämpfen haben. Hier erwarten ■ **Sigrid Leitersdorf aus Nordrhein-Westfalen** und ■ **Monika Grammel aus Niedersachsen** „neue Impulse“.

Junge Frauen motivieren

Das betrifft die Arbeit für die Frauen-Unionen vor Ort wie eine stärkere Motivation der Basis. Maria Böhmers enorme Kompetenz und ihr kritischer Umgang mit allen frauenrelevanten Themen finden ungeteilte Bewunderung, wie auch das Wahlergebnis zeigte. ■ **Ursula Jung aus Hessen** fügt als Wunsch hinzu, dass es Maria Böhmer gelingen möge, „junge Frauen nicht nur anzusprechen, sondern sie zu motivieren mitzumachen. Wer nicht aktiv ist, ändert nichts.“ **UD**

WOLFGANG SCHÄUBLE:

Im **RCDS** hat Politik am meisten Spaß gemacht

Mit einem Festakt im Schöneberger Rathaus feierte der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) am 10. November sein 50jähriges Bestehen. Rund 500 Gäste und Ehrengäste waren zu der Veranstaltung erschienen, aktive und ehemalige RCDS-Mitglieder. **Dadurch wurde die große Generationen übergreifende Integrationskraft des RCDS deutlich unterstrichen.**

Im Mittelpunkt stand die mit Spannung erwartete Festrede von Wolfgang Schäuble, der selbst während seines Studiums in den RCDS-Gruppen in Freiburg und Hamburg vorgestanden hatte. Gerne erinnere er sich an seine aktive Zeit im RCDS, bekannte Wolfgang Schäuble, „nie hat mir Politik mehr Spaß gemacht“. Er nannte die großen Auseinandersetzungen an den Hochschulen mit der politischen Linken. Es habe den RCDS zu allen Zeiten ausgezeichnet, dass er sich stets für die konkreten Belange und Probleme der Studenten eingesetzt habe. Das sei sein Markenzeichen



Foto: Laurence Chaperon

bis heute und unterscheide ihn von vielen anderen politischen Organisationen an der Hochschule.

Zuvor hatte bereits Christian Wulff auf die hohe Integrationskraft des RCDS hingewiesen, die Mitglieder blieben einander verbunden, auch lange über die eigene Studienzzeit hinaus. In seiner Funktion als stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU überbrachte er die Grüße von Angela Merkel und dem gesamten Parteivorstand. Die Parteivorsitzende musste sich wegen des Landesparteitages in Baden-Württemberg entschuldigen lassen. Der CDU sei es immer gut bekommen, wenn sie auf die Ratschläge des RCDS gehört hat, lobte Wulff die politische Kompetenz des Verbandes.

Für den Landesverband Berlin überbrachte Eber-

hard Diepgen Grüße und Glückwünsche. Er erinnerte an die Symbolhaftigkeit des Veranstaltungsortes und an die Notwendigkeit des Einsatzes für Freiheit und Menschenwürde, gerade in der heutigen Zeit. Hart ging er mit der Kürzungspolitik des SPD-geführten Senats ins Gericht, die geeignet sei, die Freiheit der Lehre und die Zukunft des Hochschulstandortes Berlin zu gefährden.

Den Auftakt der 50-Jahr-Feier bildete tags zuvor ein Galadiner im Opernpalais auf der Straße Unter den Linden. Hier trat Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, als Redner auf. Viel Beifall erhielt er für seine Einschätzung, dass es die Themen der Union seien, die den Bundestagswahlkampf bestimmen und auch entscheiden werden.

UD



BUNDESWEHR

So kann es nicht weitergehen

Die Bundeswehr steht vor ihrem ersten Kampfeinsatz außerhalb Europas. Uneingeschränkte Solidarität mag es dabei geben, eine uneingeschränkte Einsatzfähigkeit aber nicht. Schwach gespart, militärisch veraltet und strategisch verunsichert, wirkt die Bundeswehr wie ein alter Doppeldecker, der plötzlich im Überschallgeschwader der Weltpolitik mitfliegen soll. Im Cockpit sitzt ein schwer angeschlagener Rudolf Scharping, als flinker 'follow me' der Realpolitik versucht sich Joschka Fischer auf allen Landebahnen, und im Tower hat man einen Solidaritätsroboter namens Schröder installiert, der den Doppeldecker erst einmal stolz starten lässt. Inzwischen macht sich in der Generalität und bei Militärexperten große Sorge breit. Denn mit der bisherigen Flickschusterstrategie einer Etatkür-

zung hier, einer Halbreform da, einer maskierten Sondereinheit dort und unbedingter Solidarität überall kann es nicht ernsthaft weitergehen – schon gar nicht in einem Krieg. Die Welt

GRÜNE

Unsichere Kantonisten

Die Grünen sind noch immer bunt und mit Wurzeln, die sich zu den Ursprüngen der Partei zurückverfolgen lassen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich reger Widerstand breit macht gegen die Bereitstellung und den möglichen Einsatz deutscher Soldaten im Kampf gegen den Terrorismus. Die Grünen stehen wieder vor einer Zerreißprobe und führen vor, wie innerhalb einer Regierungskoalition Opposition aussieht. Die Grünen sind unsichere Kantonisten und empfehlen sich damit nicht gerade für eine von ihnen trotzdem gewünschte Verlängerung rot-grüner Regierungspartnerschaft. Kieler Nachrichten

Überflüssig

Eigentlich braucht diese Fraktion der Grünen im Bundestag niemand mehr. Zu viele grüne Linien wurden überschritten, zentrale Säulen in den drei Jahren an der Macht schlicht „weggeriert“. Die Umweltkompetenz hat sich verflüchtigt. Das liberale Element ist nur mehr bei den Freidemokraten mit ihrem peppigen Guido (Westerwelle) gut aufgehoben. Und jetzt ist bei den deklarierten Pazifisten von einst auch noch das Gewaltlosigkeits-Monopol beim Teufel. Kurier, Wien

WAHLKAMPF

Die Bürger wollen schon wissen...

Wichtige Themen taugen nicht für den Wahlkampf? Auch wenn spätere Entscheidungen das gesamte Volk interessieren und vor allem tangieren – wie etwa bei der Rentenfrage, beim Ökosteuern-Dauerhit oder bei der

Zuwanderungsproblematik? Lieber Rumtata und Tralala und dümmliche Plakate kleben? Wahlkampf – Kaugummifürs Hirn? Das jedenfalls müsste man den nordrhein-westfälischen Innenminister Fritz Behrens fragen, der die Union davor warnte, das Thema Zuwanderung für den Wahlkampf zu missbrauchen. Bei der Zuwanderung möchten die Menschen natürlich schon genau wissen, welche Partei sich wie ihren Sorgen öffnet und was getan werden soll, um eine für alle Seiten akzeptable Gesetzesform zu finden. Dazu müssen die unbestreitbar vorhandenen Probleme aber angesprochen werden. Offenbach-Post

POLIZEI

Überfordert

Die Polizei ist hoffnungslos überfordert. Zehn Millionen Überstunden haben die Beamten bundesweit bereits geleistet, vor allem im vorbeugenden Abwehrkampf gegen möglichen Terror.

Natürlich kann das so nicht weitergehen, die neue Situation erfordert neue Reaktionen. Die Ausbildung neuer Beamter braucht Jahre. Und sie wäre in der notwendigen Anzahl unbezahlbar. SPD und Grüne sind nur in Ausnahmefällen bereit, die Bundeswehr zum Schutz ziviler Objekte einzusetzen. Innenminister Schily meint, Soldaten dürften nicht primär polizeiliche Aufgaben übernehmen. Stimmt, aber weshalb ist denn die Bewachung von Flugplätzen oder Konsulaten Aufgabe von Polizisten? Obwohl in den Kasernen „Bürger in Uniform“ ruhen.

Münchner Merkur

LEITZINS

Was jetzt nötig wäre

Zinssenkungen sollen zu Investitionen (profaner ausgedrückt: zum Geldausgeben) ermuntern. die wirtschaftliche Situation in den USA zeigt aber deutlich, dass selbst drastische Senkungen der Leitzätze nicht von heute

auf morgen den gewünschten Effekt bringen. Solche Steuerungsversuche wirken nur langsam und manchmal überhaupt nicht. die Stimmung bei Verbrauchern und Investoren ist im Moment so schlecht, dass billiges Geld allein nicht ausreichen dürfte, um der Konjunktur Impulse zu geben.

Fuldaer Zeitung

GESUNDHEIT

Sparen ohne uns

Angesichts galoppierender Arzneimittelausgaben regiert bei Gesundheitspolitikern die Devise: Sparen ja, aber ohne uns. Vielleicht ist einfach zu viel Geld im Spiel. Auf diese Weise haben wir es mittlerweile nicht nur zu einer Rekordsumme von 42 Milliarden Mark an Arzneimittelkosten gebracht, sondern auch dazu, dass wir für Pillen und Salben inzwischen mehr ausgeben als für die Behandlung des Arztes. Die deutsche Gesundheitsdebatte – ein deutsches Trauerspiel. Frankenpost

Pilotprojekt mit **Internet**-Begeisterten aus ganz Deutschland

25 ehrenamtliche Online-Redakteure haben am 8. November das erste virtuelle Seminar der Konrad-Adenauer-Stiftung abgeschlossen. Unter dem Thema „Ehrenamt digital: Aktive Bürger im Netz“ nahmen Internet-Begeisterte aus ganz Deutschland an diesem Pilotprojekt der politischen Bildung teil.

Das veranstaltende KAS-Bildungswerk Osnabrück hatte sechs Webdesigner der Dortmunder Firma Aptico als Tutoren gewonnen. Unterstützt durch die Webdesigner, gestalteten die Ehrenamtler die Internetangebote von örtlichen politischen Verbänden, Vereinen, Kirchengemeinden, Berufsorganisationen und Selbsthilfegruppen.

Dieses Seminar war gegliedert in neun Tageseinheiten. Das tägliche Arbeitspensum betrug etwa drei Stunden. Auf einer maßgeschneiderten Internet-Plattform konnte es von den Teilnehmern vor oder nach einem Arbeitstag im Büro absolviert werden. Außerdem bestand die Möglichkeit,

sich zu Hause vormittags, nachmittags oder abends zu beteiligen.

Tutor Michael Aldick und seine Mitstreiter haben nicht ein starres Programm durchgezogen, vielmehr haben sie innerhalb eines Tages ganze Seminareinheiten grundlegend verändert, weil die Teilnehmer unvorhergesehene Stärken oder auch Schwächen gezeigt hatten. Eine umfassende individuelle Betreuung jedes einzelnen Teilnehmers war gewährleistet.

Bis spät in die Nacht bestand die Gelegenheit zur Kommunikation. Auf jede

E-Mail reagierte einer der sechs Tutoren sofort. Dreimal täglich gab es die Möglichkeit zum Chat: 1000 Einträge an einem Tag waren keine Seltenheit. In einer Online-Wahl legten die Teilnehmer selbst die Chatzeiten fest. Nach dem erfolgreichen Abschluss dieses Pilotprojektes wird die politische Bildung der KAS weitere virtuelle Seminare anbieten, in verschiedenen Regionen und zu neuen Themen.

[http://](http://www.kas-osnabrueck.de)

Weitere Informationen unter: www.kas-osnabrueck.de

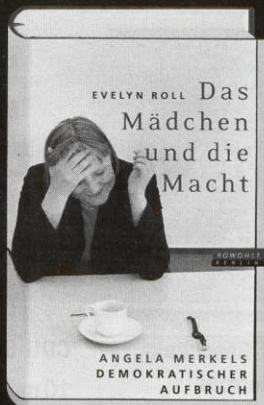
Ende der Schummelei

Unter dieser Überschrift hat die Parteivorsitzende am 2. November im *Rheinischen Merkur* einen Beitrag über die Notwendigkeit eines „interkulturellen Dialogs mit dem Islam“ geschrieben. Sie finden diesen Beitrag über die neue Rolle des Religiösen auch in der Politik im Internet unter: www.cdu.de/ueber-uns/buvo/pv

Neue Ordnung?

In der Zukunftswerkstatt der Konrad-Adenauer-Stiftung hat Friedrich Merz am 10. Oktober einen Vortrag über das „Entstehen einer neuen Ordnung des Politischen“ gehalten und die Bürgergesellschaft zwischen Identitätssüchten und globalem Wandel beschrieben. Sie finden diesen Vortrag im Internet unter: www.cdusu.de

WER ANGST HAT, STÜRZT AB



«Evelyn Roll hat ein furioses Porträt von Angela Merkel geschrieben – und zugleich ein Sittengemälde des permanent überhitzten Politikbetriebs in der Berliner Republik.» *die tageszeitung* «Ein schönes Buch: lebendig, kunstvoll, stilistisch brillant.» *Der Tagesspiegel*

Evelyn Roll

Das Mädchen und die Macht

Angela Merkels demokratischer Aufbruch
302 Seiten. Gebunden.

€ 19,90 (D) / DM 38,92 / sFr. 35,20

ROWOHLT
BERLIN

DeutschlandRadio

(Michael Gerwarth): *Die Autorin spult nicht einfach einen Lebenslauf ab, sondern stellt in die eingehende Analyse sehr präsenten politischer Vorgänge die Akteurin Merkel hinein, untersucht die Gründe ihres Handelns und prüft die Alternativen.*

Berliner Morgenpost

(Arne Delfs): *Evelyn Roll ist es mit ihrem Buch gelungen, durch die gängigen Klischees in das tiefere We-*

sen der ostdeutschen Politikerin vorzudringen.

Märkische Allgemeine

(Alexander Gauland): *Evelyn Roll hat zwar auch über Angela Merkel geschrieben, doch in erster Linie hat sie die Mechanismen der Berliner Republik offen gelegt.*

Tagesspiegel (Bernd Ulrich):

Wenn eine herausragende Journalistin ein Buch über eine herausragende Politikerin schreibt, dann kann das eigentlich nur schief ge-

hen. Ist es aber nicht. Evelyn Roll schreibt lebendig, kunstvoll, stilistisch brillant. Rolls Reisen in Angela Merkels Vergangenheit sind auch die einer eingefleischten Westlerin in den Osten, dabei ehrlich neugierig und ohne Hochmut.

Emma (Alice Schwarzer):

Rolls zentrale These ist Merkels „Anderssein“. Die Autorin wird dem Anspruch an guten Journalismus gerecht – mit Respekt und Wahrung der Würde.

UD



**CDU-Geschenk-
papierrolle**

75 cm x 10 m
1 Rolle: 14,90 DM/
7,62 €

blau

Best.-Nr.: **0302**

rot

Best.-Nr.: **0303**

CDU-Geschenkband

10 mm x 25 m
Best.-Nr.: **0306**
1 Rolle: 11,90 DM/
6,08 €



Kerzenstumpen

„100% ÖK.O.-Steuer-frei“

24 Expl.: 48,00 DM /
24,54 €
Best.-Nr.: **9700**



Sektflaschentasche

25 Expl.: 27,50 DM/
14,06 €

blau

Best.-Nr.: **0304**

rot

Best.-Nr.: **0305**



Siegelmarke „CDU“

ovale Silberfolie 34 x 25 mm
Best.-Nr.: **0307**
Rolle à 100 Expl.: 7,50 DM/
3,83 €

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Vermold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen



CDU-Eiskratzer

Best.-Nr.: **9890**
 100 Expl.: 89,00 DM/
 45,50 €



Papiertaschentücher

Best.-Nr.: **9637**
 126 Expl.: 45,00 DM/
 23,01 €



**Schal,
 schwarz-rot-gold**

Best.-Nr.: **9362**
 1 Expl.: 9,45 DM/
 4,83 €

**Aussteichformen-Set für
 CDU-Gebäck**



Best.-Nr.: **9109**
 10 Sts: 17,00 DM/
 8,69 €





Aus der politischen Mitte heraus das Vertrauen der Mehrheit der Deutschen zurück gewinnen – diesen Anspruch erhebt die CDU auf ihrem 14. Bundesparteitag, zu dem Angela Merkel nach Dresden einlädt. Der Parteitag findet vom 2. bis 4. Dezember in der Messe Dresden statt und hat nach Regularien und Grußworten folgende – vorläufige – Tagesordnung:

- Bericht der Parteivorsitzenden
- Aussprache zum Bericht
- Bericht des Generalsekretärs und zugleich Einführung in den Antrag des Bundesvorstands „Freie Menschen. Starkes Land. Vertrag für eine sichere Zukunft“
- Wahl des Generalsekretärs
- Beratung und Beschlussfassung zum Antrag des Bundes-

JUGENDFORUM: Parallel zum 14. Bundesparteitag findet am 1. und 2. Dezember ein „Jugendforum“ statt, zu dem Angela Merkel und die Bundesvorsitzende der Jungen Union, Hildegard Müller, eingeladen haben. In Diskussionsforen mit den Themen Ausbildung, Umwelt, Partizipation und Wirtschaft sollen Vertreter aus der Jugendverbandsarbeit Gelegenheit zum Meinungsaustausch mit Kommunal-, Landes- und Bundespolitikern haben.

- vorstands
- Bericht des Bundesschatzmeisters mit der Vorlage der Rechenschaftsberichte 1999/ 2000
- Wahl des Bundesschatzmeisters
- Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments
- Einführung in den Antrag des Bundesvorstands „Im Osten was Neues“ mit Beratung und Beschlussfassung

- Einführung in den Antrag des Bundesvorstands „Leitsätze für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik“ mit Beratung und Beschlussfassung
- Einführung in den Antrag des Bundesvorstands „Chancen@ Deutschland. Eine Internetstrategie für die Politik“ mit Beratung und Beschlussfassung
- Änderungen des Satzungsrechts
- Sonstige Anträge
- Schlusswort der Parteivorsitzenden